

Hate Crime: Kollektive Identitäten und Identitätspolitik

Günter Stummvoll

Institut für Konfliktforschung

Die im österreichischen Strafgesetz unter dem Tatbestand der Verhetzung (§283 StGB) taxativ aufgezählten besonders schützenswerten Gruppen betreffen Religionsgemeinschaften, Menschen mit anderer Hautfarbe und anderer nationaler oder ethnischer Herkunft, Menschen mit einer physischen oder psychischen Einschränkung, ebenso wie die Kriterien der Weltanschauung, des Geschlechts, des Alters und der sexuellen Orientierung. Ein besonderer Erschwerungsgrund nach dem Strafrecht (§ 33 StGB) liegt dann vor, wenn sich eine Straftat gegen Menschen wegen dieser Zugehörigkeit richtet und dabei die Menschenwürde infrage stellt.

In Hate Crime Fällen ist ein Angriff nicht allein gegen fremdes Vermögen, gegen die Freiheit, gegen Leib und Leben oder gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung gerichtet. Mit dem Angriff wird versucht, diese Menschen persönlich im Innersten ihrer Identität zu treffen. In diesem Beitrag geht es jedoch nicht nur um die Verletzlichkeit von Ich-Identitäten, sondern um kollektive Identitäten, die als Opfergruppen in der Gesellschaft identifiziert und verfassungsrechtlich geschützt sind. Es geht um eine Partikularisierung der Gesellschaft mittels Opferdifferenzierung, um eine Humandifferenzierung nach Opfergruppen. Die Opferdifferenzierung liegt somit quer zu der von Stefan Hirschauer (2017) angesprochenen Sortierung der Menschen nach unterschiedlichen Ansatzpunkten: Unterschieden werden Menschen aufgrund von Körpermerkmalen (Geschlecht, Ethnizität, Sprache), in der Verwaltung (Aufenthaltstitel, Nationalität, Wohnstatus), entsprechend ihrer Tätigkeit und Leistung (Bildungsstatus, Beschäftigung, Berufsbilder) oder auch nach ihrem Status in transitorischen Kategorien (Alter, Gesundheit).

Manche Sortierungen folgen dem Prinzip der Skalierung (Leistungsklassen), andere dem Prinzip der Opposition von „wir“ und „die anderen“. Im Gegensatz zu früheren sozialen Differenzierungen in gesellschaftliche Klassen oder Schichten haben wir es nun mit dem Zerfall von universellen Wertorientierungen zugunsten spezieller oder begrenzter Interessen zu tun. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, welche gesellschaftlichen Konsequenzen aus der Praxis der Opferdifferenzierung entstehen. Welche demokratiepolitische Auswirkung hat die Opferdifferenzierung bei vorurteilsmotivierten Straftaten? Dem Vorwurf, wonach der Kampf um Anerkennung der um ihre Identität Besorgten zu einem Opferwettbewerb führe, ist in einer kritischen Auseinandersetzung zu begegnen.